



„Wie ein Schweigekartell“: Covid-19-Impfschäden werden kaum gemeldet

Dr. Ina Berninger, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität zu Köln, erhielt im März 2022 ihre dritte Covid-19-Impfung. Unmittelbar darauf begannen ihre körperlichen Probleme. Trotz der klinischen Bestätigung eines Impfschadens meldete die Universitätsklinik Aachen den Fall nicht an das Paul-Ehrlich-Institut. Auch Ärztekammern und Behörden weigern sich tätig zu werden oder bestreiten das Problem rundheraus. „Wir Impfgeschädigte werden hin- und hergeschoben, nach dem Motto: beschwert euch nicht und sterbt zu Hause vor euch hin“, erklärt Ina Berninger im Interview mit Multipolar. Camilla Hildebrandt hat mit ihr und weiteren Betroffenen gesprochen.

CAMILLA HILDEBRANDT, 18. September 2024, 0 Kommentare

Multipolar: Frau Berninger, Sie sagen, Verdachtsfälle auf Impfnebenwirkungen und Impfkomplicationen werden Ihrer Ansicht nach wissentlich nicht gemeldet. Schauen wir uns Ihren Fall an. Wurde er als Covid-19-Impfschaden anerkannt?

Berninger: Ich habe erst im Oktober 2023 meinen Antrag auf Anerkennung beim Landschaftsverband Rheinland gestellt. Bis heute habe ich noch keine abschließende Antwort erhalten. Und das geht sehr vielen Impfgeschädigten so, auch Betroffenen, denen es deutlich schlechter geht als mir, die unter massiven Schäden leiden. Die haben teilweise fünf Arztbriefe, mit denen Ärzte bestätigen, dass ihre Schäden von der Covid-19-Impfung stammen. Ich bin mit sehr vielen im Kontakt. Die Anträge auf Anerkennung des Impfschadens sind teilweise abgelehnt worden, oder sie warten immer noch auf Antworten. Da ich nicht „ganz schlimm“ krank bin wie Andere, mache ich mir keine großen Hoffnungen, dass mein Antrag anerkannt wird. Die finale Diagnose bekam ich auch erst nach der Biopsie im September 2023, daraufhin habe ich den Antrag gestellt. Vorher hatte ich immer noch gehofft, die Probleme würden wieder verschwinden. Das hatten mir einige Ärzte versichert, was bis heute allerdings nicht der Fall ist.

Multipolar: Wie lautet Ihre finale Diagnose?

Berninger: Eine Nebenwirkung ist die Small-Fiber-Neuropathie, Schäden an den peripheren, feinverästelten Nerven. Die großen Nervenstränge scheinen nicht beschädigt zu sein. Eine gute Nachricht. Zudem habe ich die Diagnose ME/CFS, in einer etwas leichteren Form. Andere Betroffene, die schwer an ME/CFS erkrankt sind, könnten so ein Interview gar nicht führen. Manche sind so schlimm krank, dass einem schlecht wird. Ihnen wird nicht geholfen, und es wird so gut wie nicht darüber berichtet. Das passiert vor unseren Augen, und es hätte jeden treffen können, der geimpft ist.

ME/CFS

Die Myalgische Enzephalomyelitis/das Chronische Fatigue Syndrom ist eine schwere neuroimmunologische Erkrankung, die oft zu einem hohen Grad körperlicher Behinderung führt. Weltweit sind etwa 17 Mio. Menschen betroffen. In Deutschland wurde die Zahl ME/CFS-Betroffener vor der COVID-19-Pandemie auf etwa 250.000 geschätzt, darunter 40.000 Kinder und Jugendliche. Experten gehen davon aus, dass sich die Zahl der Erkrankten durch COVID-19 verdoppelt hat. Damit ist ME/CFS relativ weit verbreitet.

Ich habe zudem Herzprobleme, jedoch ohne eine konkrete schulmedizinische Diagnose. Ich bin nicht jemand, der ständig zum Arzt geht. Andere haben bereits fünf MRTs (Magnetresonanztomographien) hinter sich. Die Uniklinik Marburg hat mein Herz untersucht und als einzige Auffälligkeit eine leichte Belastungsintoleranz bei einem EKG gefunden.

Multipolar: *Wurde das schriftlich festgehalten, dass Ihre Erkrankung in Verbindung zur Covid-Impfung steht?*

Berninger: Ich habe tatsächlich von der Uniklinik Marburg, der Post-Vac-Ambulanz, einen Arztbrief bekommen, in dem steht als Diagnose: „Unerwünschte Nebenwirkungen bei der Anwendung von Covid-19-Impfstoffen“.

Multipolar: *Hat Ihre Hausärztin einen Verdachtsfall auf Impfnebenwirkungen an das Paul-Ehrlich-Institut gemeldet?*

Berninger: Sie hat es zwar nicht abgestritten, dass meine Probleme durch die Impfung kommen, aber sie sagte auch, das reguliere sich von selbst. Als meine Beschwerden nach Wochen aber nicht besser wurden, war ich bei einem anderen Arzt. Er wollte eine Meldung beim Paul-Ehrlich-Institut (PEI) machen und fragte, ob die Kollegin das bereits getan habe. Auf Nachfrage hat meine Hausärztin dann Meldung beim PEI gemacht. Also sie hat meine Symptome „Nervenschmerzen“ dort gemeldet, allerdings nicht mit der finalen Diagnose Small Fiber Neuropathie, die durch eine Biopsie der Uni-Klinik Aachen erst später bestätigt wurde. Das ist ein großes Problem. Denn bei allen, welche diese neuropathischen Symptomatiken haben, Schmerzen, Missempfindung, Brennen, etc. wurde das bislang in den Berichten des Paul-Ehrlich-Instituts als „kurzfristige Angstreaktion“ interpretiert. Das ist grundlegend falsch. Denn es ist erstens nicht kurzfristig und zweitens ist es keine Angstreaktion. Ich habe tatsächliche Organschäden.

Multipolar: *Mit der Universitätsklinik Aachen hatten Sie dann einen sehr langen Briefwechsel, der unerfreulich war.*

Berninger: Ja, zunächst haben sie vier Monate gebraucht, um die Hautbiopsie auszuwerten und die Diagnose zu stellen. Das Telefonat dazu lief zuerst positiv. Die Ärztin war freundlich. Wir haben auch kurz darüber gesprochen, dass ich die Beschwerden seit der Impfung habe und dass andere Ärzte autoimmune und entzündliche Prozesse

mittels Blutanalysen diagnostiziert haben. Am Telefon hat mir die Ärztin nicht widersprochen, als ich diese als Ursache für meine Neuropathie ins Gespräch gebracht habe. Dann bekam ich den Arztbrief, in welchem meine Probleme eher als psychosomatisch bezeichnet wurden. Es wurde auf das Schmerzgedächtnis verwiesen. Kein Wort mehr von den auffälligen Entzündungswerten und der Impfung. Ich beschwerte mich daraufhin bei der Ärztin, dass der Arztbrief sehr missverständlich zu lesen wäre. Und auf die Nachfrage, ob sie eine Meldung beim Paul-Ehrlich-Institut gemacht habe, sagte sie: Nein, das wäre nicht ihr Forschungsbereich. Ich schrieb zurück: Jeder Arzt, der einen möglichen Verdacht auf eine Impfnebenwirkung feststellt, müsse es unverzüglich dem PEI oder dem Gesundheitsamt melden, so lautet das Infektionsschutzgesetz. Aber sie blieb dabei, dass sie den Verdacht auf Impfnebenwirkungen nicht melden müsse.

Meldepflicht bei Impfschäden

Deutsches Ärzteblatt, Ausgabe 37/2021: „In Deutschland ist der Verdacht einer über das übliche Ausmaß einer Impfreaktion hinausgehenden gesundheitlichen Schädigung namentlich zu melden (§ 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 IfSG) – so sieht es die gesetzliche Meldepflicht vor. Meldepflichtig ist die feststellende Ärztin beziehungsweise der feststellende Arzt (§ 8 Abs. 1 Nr. 1, Nr. 8 IfSG). Die namentliche Meldung muss unverzüglich erfolgen und dem zuständigen Gesundheitsamt spätestens 24 Stunden, nachdem die oder der Meldende Kenntnis erlangt hat, vorliegen (§ 9 Abs. 3 Satz 1 IfSG). (...) Ein Verstoß gegen die gesetzliche Meldepflicht kann mit einer Geldbuße von bis zu 25.000 Euro geahndet werden (§ 73 Abs. 2 Alt. 2 IfSG).“

Ich habe bei diesem Briefwechsel auch das Ministerium von Nordrhein-Westfalen in Kopie gesetzt, mit dem wir Geschädigten in regelmäßigem Austausch stehen. Die Ärztin der Uniklinik Aachen schrieb mir daraufhin, sie hätte den Fall mit dem Gesundheitsamt Nordrhein-Westfalen besprochen, sie müsse keine Meldung beim PEI machen. Das hat mich irritiert, und ich habe beim Ministerium nachgefragt. Es kam keine abschließende Antwort, nur ein „Wir prüfen das“. Das war im November 2023. Das bedeutet für mich, das Gesundheitsministerium im Nordrhein-Westfalen nimmt billigend in Kauf, dass gegen das Infektionsschutzgesetz verstoßen wird und zwar von Ärzten einer Uni-Klinik, die auch vom Land finanziert wird.

Multipolar: *Wie ging der Kontakt mit der Uni-Klinik Aachen weiter?*

Berninger: Es kam erneut ein Brief von der Ärztin der Uni-Klinik Aachen. Es täte ihr leid, dass ich krank bin, und dann ein nochmal der Hinweis, sie müsse meinen Fall nicht melden. Am Ende des Briefs gab es noch einen merkwürdigen Absatz, in dem sie mir drohte. Ich hätte sie und ihr Team in den sozialen Medien verunglimpft. Und wenn ich das nicht löschen würde, würde sie sich vorbehalten, rechtliche Schritte gegen mich einzuleiten.

Multipolar: *Auf was könnte die Ärztin sich bezogen haben?*

Berninger: Ich bin nicht ständig im Internet und bei Twitter. Keineswegs diffamiere ich andere. Wir haben eine Chat-Gruppe von Impfgeschädigten. Das heißt von den sogenannten „Einzelfällen“ gibt es allein im Großraum Köln rund 130 Leute, die betroffen sind, und es kommen immer mehr dazu. Und in dieser Gruppe habe ich darüber berichtet und gefragt, wer auch in der Uni-Klinik Aachen war. Die Ärztin diffamiert habe ich natürlich nicht, sondern ich schrieb lediglich, sie sei nicht erfreut gewesen über meinen Nachdruck, was die Meldungen beim PEI betrifft. Und ich habe

gesagt: „Macht doch mal ein bisschen Druck, damit endlich mal was passiert.“ Mein Rechtsbeistand erklärte mir, dass alles, was ich geschrieben hatte, in keinsten Weise diffamierend oder rechtswidrig gewesen sei. Zudem sei das Verhalten der Ärztin ein klassisches Vorgehen, das man öfter in der Justiz erlebe. Der Gegner wird mit latenten Drohungen eingeschüchtert, damit er sich zurückzieht und keine Beschwerden mehr schreibt. Ich kenne mindestens fünf Frauen namentlich, deren Befunde von der Uni-Klinik Aachen nicht an das PEI gemeldet wurden.

Uni-Klinik Aachen: „entlang der gesetzlichen Bestimmungen“

Auf die Nachfrage von Multipolar an die Pressestelle der Uni-Klinik Aachen, es bestünde der Eindruck genannter Impfgeschädigten, Verdachtsfälle würden von Ärzten, u.a. der Uni-Klinik Aachen, nicht an das PEI gemeldet, ob in den genannten Fällen – die Namen liegen der Redaktion vor – Meldung gemacht worden sei, antwortete der Presseverantwortliche:

„Der Eindruck, den Sie als Prämisse unter 1) schildern, ist inhaltlich nicht korrekt. Wir verhalten uns eng entlang der gesetzlichen Bestimmungen und haben unser Vorgehen zudem mit den einschlägigen Stellen (Ärztekammer) abgestimmt. Zu den geschilderten Fällen werden wir uns daher nicht einlassen.“

Multipolar: Sie haben sich auch an das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW, Abteilung Gesundheit, gewandt.

Berninger: Wir sind im regelmäßigen Kontakt. Aber es passiert nicht wirklich etwas. Dem Leiter des Gesundheitsressorts und zwei Mitarbeitern habe ich die Situation in Aachen geschildert, und dass man sich fragen müsse, inwiefern die Zahlen des Paul-Ehrlich-Instituts die Realität abbilden. Diese Zahlen der „Verdachtsfälle auf Impfnebenwirkungen“ sind ja die Basis dafür, ob wir entschädigt werden oder nicht. Wenn seitens des PEI kein Risikosignal gemeldet wird, dass es auffällige Häufungen bestimmter Krankheitsbilder nach der Impfung gibt, dann existiert kein Handlungsgrund. Dann sind das offiziell nur „Einzelfälle“. Und wenn Betroffene nicht adäquat diagnostiziert werden, und es immer wieder nur heißt, es sei psychosomatisch, dann bekommt man keine entsprechende Anerkennung des Behinderungsgrads, keine Anerkennung auf Anspruch der Erwerbsminderungsrente oder Reha-Maßnahmen.

Ministerium: „nur begrenzter Kreis von verfügbaren Gutachtern“

Auf Anfrage von Multipolar schrieb die Pressestelle des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW (MAGS) am 5. September 2024:

„Das PEI als zuständige Bundesoberbehörde erfasst alle Verdachtsfälle von Nebenwirkungen, von denen sie Kenntnis erlangt. (...) Im Falle eines Verstoßes gegen das Berufsrecht können sich Betroffene an die zuständige Ärzte- oder Apothekerkammer wenden, die einen Verstoß untersucht und gegebenenfalls ahndet. (...) Das MAGS führt in diesem Zusammenhang die Rechtsaufsicht über die Ärzte- und Apothekerkammern.“

Bezüglich der Anerkennung von Covid-19-Impfschäden schrieb die Pressestelle:

„Für die Bearbeitung von Anträgen auf Versorgung wegen eines Impfschadens sind in Nordrhein-Westfalen die Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe zuständig. (...) Gerade bezogen auf die Anerkennung eines Impfschadens infolge einer Covid-19-Schutzimpfung sehen sich die mit der Durchführung der Entschädigungsverfahren beauftragten Stellen mit dem kurzfristig kaum zu behebenden Problem konfrontiert, nur auf einen äußerst begrenzten Kreis von geeigneten und verfügbaren Gutachterinnen und Gutachtern zurückgreifen zu können, deren Expertise für eine Entscheidung in den allermeisten Fällen allerdings unverzichtbar ist. Noch schwerer wiegt, dass in der medizinischen Wissenschaft derzeit nur ein unvollständiger Wissenstand über gesicherte Zusammenhänge zwischen den Schutzimpfungen gegen COVID-19 und einzelnen Erkrankungsbildern besteht.“

Eine weitere Betroffene, Iris Unselt, schildert, wie schwer die rechtliche Anerkennung eines Impfschadens ist. Ihre Diagnose, unter anderem ME/CFS, Hyperinflammation und Autoimmunreaktion, 2023 von der Uni-Klinik Aachen und durch eine Hautbiopsie bestätigt, wird vom Landesamt Koblenz per Klageverfahren angezweifelt. Der Neurologische Gutachter schreibt, das „geschilderte vermeintliche Krankheitsbild der Klägerin hält einer gutachterlichen Prüfung nicht stand“, denn es basiere „auf wissenschaftlich unbewiesenen Hypothesen zur Krankheitsentstehung und wird durch ungeeignete und wissenschaftlich nicht ausreichend validierte und teure Laboruntersuchungen vermeintlich untermauert.“

Multipolar: Frau Berninger, wie ging es in Ihrem Fall weiter?

Berninger: Ich bin zunächst mit dem Brief der Uniklinik Aachen zur Kölner Polizei gegangen und wollte wegen Verstoß gegen das Infektionsschutzgesetz Anzeige erstatten. Der Polizist verschwand lange im Hinterzimmer, musste sich erst in das Gesetz einlesen, um mir dann zu sagen, dass die Polizei nicht zuständig sei, es wäre eine Ordnungswidrigkeit. Mein Rechtsbeistand riet mir, mich bei der Ärztekammer zu beschweren, wegen unredlichen Verhaltens der Ärztin, die mir gedroht hatte. Zudem würde sie durch das Nicht-Melden gegen das Infektionsschutzgesetz verstoßen. Also schrieb ich die Ärztekammer Aachen an. Die Antwort war: „Für den von Ihnen gesehenen Zusammenhang zwischen ihrer Erkrankung und der Impfung gab es keinen wissenschaftlich evidenten Verdachtsmoment. Daher bestand auch keine Meldepflicht für die von Ihnen beschuldigte Ärztin.“

Also der Direktor der Uniklinik Aachen und die Neurologie wissen, dass es vermutlich sehr viele Nebenwirkungen durch die Covid-19-Impfung gibt, und dass ein Problem mit der Meldung von Impfkomplicationen vorliegt. Der Impfstoff müsste vielleicht aus dem Verkehr gezogen werden, wenn korrekt erhoben werden würde, wie viele Nebenwirkungen es gibt. Auch Empfehlungen dürften nicht mehr ausgesprochen werden. Immer mehr Menschen wissen darüber Bescheid, aber es wird immer weiter geblockt.

Die Angelegenheit ging dann nach Düsseldorf zur Landesärztekammer, aber auch dort sieht man keinen Verstoß. Schließlich habe ich mich bei der Bundesärztekammer beschwert und gesagt: Wir Patienten können uns nicht mehr darauf verlassen, dass Ärzte sich redlich verhalten. Das müsste eigentlich im Interesse der Bundesärztekammer sein, dass der Ruf des Arztes nicht beschädigt wird. Aber es gab nur die Rückmeldung, sie wären nicht zuständig.

Aus meiner Sicht ist das wie ein Schweigekartell. So viele wissen Bescheid: Ärzte, Klinikdirektoren, Ärztekammer, Ministerium, Gesundheitsämter, Polizei und alle kehren es unter den Teppich. Keiner ist zuständig. Es ist sehr schwer zu seinem Recht zu kommen, als Impfgeschädigter anerkannt zu werden. Dass ich überhaupt diese Untersuchung – die Biopsie – bekam, musste ich mir selbst erarbeiten, und zwar durch Informationen anderer Impfgeschädigter. Als Kassenpatient muss man noch dazu drei bis neun Monate auf Termine in den Kliniken warten. Also bis ich das Ergebnis der Biopsie hatte, waren über anderthalb Jahre vergangen. Und da hatte das PEI mittlerweile die Sicherheitsberichte zu den Covid-19-Impfstoffen eingestellt.

Warum wurden die Sicherheitsberichte eingestellt?

Auf Anfrage von Multipolar, warum die Sicherheitsberichte des Paul-Ehrlich-Instituts eingestellt wurden, schrieb die PEI-Pressestelle am 20.08.2024:

„(...) in allen Mitgliedstaaten wurden Verdachtsfälle auf Impfkomplicationen gemeldet und in die Verdachtsfalldatenbank der EMA – die EudraVigilance Datenbank – eingetragen. Damit steht ein sehr großer Datenpool zur Verfügung, nicht nur aus Deutschland, sondern aus allen EWR-Staaten. Verdachtsfälle auf schwerwiegende Reaktionen werden von den Zulassungsinhabern auch aus Nicht-EWR-Staaten eingetragen, in denen deren Impfstoffe zum Einsatz kamen.“

Ich weiß nicht, was mit diesen Meldungen beim PEI passiert. Und da ist schon das nächste Problem, dass dieses Krankheitsbild, was ich habe, in ganz viele Einzelsymptome unterteilt wird. Das bedeutet, in den Sicherheitsberichten erschienen lauter Einzelsymptome, die wenig Aufsehen erregen, aber nicht die klare Diagnose Small Fiber Neuropathie (Nervenschäden). Das jedoch ergäbe bestimmt ein Risikosignal. Die Bearbeitung der Daten beim Paul-Ehrlich-Institut ist deshalb – meiner Ansicht nach – eher eine Datenverschleierung.

Seit 2020 kein Datenabgleich zwischen PEI und Krankenkassen

Eine weitere Betroffene, Sabine H. (Name geändert), hat im März 2024 das PEI angeschrieben und unter Berufung auf das Informationsfreiheitsgesetz angefragt, wie oft Small Fiber Neuropathie, Nervenschmerzen, etc. im Zusammenhang mit Covid-Impfstoffen gemeldet wurden. Die Antwort lautete:

„Ihr Antrag auf Informationszugang nach dem Informationsfreiheitsgesetz wird abgelehnt. a. Gemäß § 9 Absatz 3 IFG kann ein Antrag auf Informationszugang abgelehnt werden, wenn sich der Antragsteller die begehrte Information in zumutbarer Weise aus allgemein zugänglichen Quellen beschaffen kann. (...) c. Abschließend sei erläuternd angemerkt, dass eine Behörde nicht verpflichtet ist, Informationen eigens für den Antragsteller zu erschaffen, z. B. durch Auswertungen und Aufbereitung von vorhandenen Informationen (...). Gleichmaßen kennt das IFG auch keinen Anspruch auf eine systematische Aufbereitung oder eine bestimmte Verständlichmachung einer Information.“

Das letzte Sicherheitsprofil der COVID-19-Impfstoffe beim Paul-Ehrlich-Institut stammt vom 31. März 2023. Es meldet rund 55.000 Verdachtsfälle von schwerwiegender Nebenwirkungen. „Auswertungen,

die darüber hinausgehen, kann das Paul-Ehrlich-Institut nicht anbieten“, so die Antwort der Pressestelle.

Paul-Ehrlich-Institut: Sicherheitsprofil der COVID-19-Impfstoffe, Sachstand 31.03.2023: „Anzahl Verdachtsfälle von Nebenwirkungen gesamt: 338.333, Anzahl Verdachtsfälle von schwerwiegender Nebenwirkungen: 55.486“

Zum Vergleich: mit dem Medikament Pandemrix des britischen Herstellers GlaxoSmithKline, wurden ab 2009 rund 30 Millionen Europäer gegen die Schweinegrippe geimpft. In der Folge traten u.a. viele Fälle von Narkolepsie, einer unheilbaren neurologischen Krankheit auf, ebenso allergische Schockreaktionen, Gesichtslähmungen, Zuckungen. Der Spiegel interviewte dazu 2018 in seinem Artikel „Hersteller von Schweinegrippe-Impfstoff Pandemrix: Risiken wurden ignoriert“, den Herausgeber des „Arznei-Telegramms“ Wolfgang Becker-Brüser: „Ich habe schon damals gesagt, dass die Schweinegrippe benutzt wird, um in Deutschland ein Großexperiment zu starten mit einem Impfstoff, der nicht ausreichend getestet (...) ist.“ Die Risiken seien dem Unternehmen bekannt gewesen und bis Ende 2018 habe sich die Zahl der gemeldeten schweren Nebenwirkungen auf mehr als 5.000 summiert, so der Spiegel. Außerdem würden laut Schätzungen „nur rund zehn Prozent der Nebenwirkungen von Arzneimitteln dokumentiert“. Das Medikament Pandemrix wurde 2012 vom Markt genommen. Die Covid-Impfstoffe – mit rund 55.000 gemeldeten schweren Nebenwirkungen allein in Deutschland – sind weiterhin auf dem Markt.

Im Mai 2024 hatte die Bundestagsabgeordnete Jessica Tatti (BSW) angefragt (Arbeitsnummer 5/385), ob ein Datenabgleich zwischen den Kassenärztlichen Vereinigungen und dem Paul-Ehrlich-Institut durchgeführt wurde, „um mögliche Risikosignale der neuartigen Impfstoffe zum Schutz vor Covid-19 zu erkennen“. Die Antwort der Bundesregierung lautete am 4. Juni 2024:

„Das Paul-Ehrlich-Institut (PEI) überwacht kontinuierlich die Sicherheit von Impfstoffen, das schließt die Evaluierung neuer Sicherheitssignale mit ein. Aktuell werden die neuen Datenflüsse mit ersten KVen [Krankenversicherungen] getestet, die Auswertung der entsprechenden Datensätze durch das PEI ist derzeit in Vorbereitung. Seit Beginn der Impfkampagne wurden über 192 Millionen Impfdosen verabreicht. Die zugelassenen Impfstoffe gegen Covid-19 bieten einen wirksamen Schutz vor schweren Krankheitsverläufen und ihr Nutzen überwiegt bei weitem mögliche Risiken.“

Das bedeutet: seit 2020 gibt es keinen Datenabgleich. Die Berliner Zeitung fragte in diesem Zusammenhang: „Corona-Impfung: Will die Bundesregierung nicht wissen, welche Probleme es gibt?“.

Multipolar: *Frau Berninger, wie entstehen die Zahlen bei der Erfassung von Covid-Impfnebenwirkungen?*

Berninger: In manchen Medienberichten wird behauptet, es gäbe nur 1.500 Post-Vac-Fälle in Deutschland. Diese niedrige Zahl kommt meines Wissens zustande, weil sie nur Fälle zählt, wo Betroffene dies explizit in der Meldung an das PEI so beschreiben, als Symptomkomplex „Post-Vac“. Erfahrungsgemäß nennen die Geschädigten aber eines ihre konkreten Symptome: Herzprobleme, Taubheit, Konzentrationsprobleme, Fatigue, etc. In den Medien wird meist die Zahl genannt, die gerade zur Argumentation passt. Wenn Impfschäden runtergespielt werden sollen, wird immer auf rund 400 anerkannten Impfschäden verwiesen. Das ist eine Zahl, mit der man gut behaupten kann, es

gäbe quasi gar keine Impfgeschädigten angesichts der vielen verimpften Dosen. Es sind allerdings noch unzählige Anträge auf Anerkennung offen. Die Öffentlichkeit bekommt kaum etwas davon mit. Aber letztendlich sind wir doch alle betroffen. Eigentlich wäre es doch im Interesse aller, dass das jetzt aufgeklärt wird, was bei der Impfkampagne und vor allem beim Monitoring der Nebenwirkungen nicht funktioniert hat. Aber das passiert nicht.

Multipolar: Die Tagesschau berichtete 2023: Fast 9.000 Anträge auf Anerkennung von Covid-19-Impfschäden seien gestellt worden und nur rund 400 anerkannt. Wie ist Ihre Erfahrung mit den Medien, den Leitmedien? Interessieren sie sich für dieses Thema?

Berninger: Im öffentlich-rechtlichen TV wurde mittlerweile öfter über Impfschäden berichtet, das ist gut, und wir sind dankbar dafür. Aber mir fällt immer wieder auf, wie merkwürdig mit den Zahlen umgegangen wird. Es heißt fast immer, es gebe kaum Impfschäden. Dabei bezieht man sich auf diese offiziell anerkannten rund 400 Fälle. Aber wie kommen diese Zahlen überhaupt zustande? Es stellt bei weitem nicht jeder einen Antrag auf Impfschaden. Vielen Geschädigten wird auch von Ärzten geraten, die sollten sagen, sie hätten Long-Covid. Damit sind die Chancen auf Therapien höher.

Über unsere Selbsthilfegruppe haben mehrere Medien, unter anderem die Deutsche Welle berichtet. Bei dieser Reportage wurde immer wieder betont, dass die Wahrscheinlichkeit eines Impfschadens sehr niedrig wäre. Ich habe die Journalistin gefragt, woher denn diese Zahlen kämen. Und sie schrieb zurück: „Die Datenlage sei ja international sehr dünn.“ Das war das Statement. Sie sagte noch, sie wollten sich gegen Impfgegner absichern. Ich meinte daraufhin: Wenn die Schäden immer kleingeredet werden, wird den Leuten nicht geholfen und es wären auch Kinder schwer nach der Impfung erkrankt. Daraufhin meinte sie, die Redaktion hätte es sonst nicht gesendet, das Thema wäre so komplex.

Die Reportage gibt insgesamt einen falschen Eindruck von der Problemlage. Das Beispiel einer Impfgeschädigten ist eine ältere Frau, über 65, die Neuropathien hat aber doch noch so aktiv ist, dass sie mit dem Hund rausgehen kann. Da denke ich doch als Zuschauer: Ja, ist schlimm, aber es sind nur wenige. Das war genau Tenor des Berichts, ein schicksalhafter Einzelfall. Ich habe Impfgeschädigte gesehen, die sehen aus wie Aidskranke, völlig abgemagert und mit einem Buckel, weil die Wirbelsäule so entzündet ist. Diese Fälle wurden in dem Deutsche Welle-Bericht nicht gezeigt. Ich unterstelle dieser Journalistin grundsätzlich eine gute Absicht, ja, aber es wird nie unsere ganze Geschichte in ihrer Dramatik dargestellt.

Charité: keine „wissenschaftliche Studie im engeren Sinne“

Anfang 2022 hatte der MDR in einer TV-Reportage über die Covid-Impfnebenwirkungsstudie ImpfSurv von Professor Harald Matthes, Charité, berichtet. Sie besagte, dass es eine deutliche Untererfassung der Nebenwirkungen gäbe. Gegenüber dem Focus erklärte Matthes konkret: „Wenn wir die Daten mit anderen Registern vergleichen, liegt sie (die Untererfassung) mindestens bei 70 Prozent“. Die Charité distanzierte sich sofort von Matthes und empfahl den Abbruch der Studie. Die Webseite ist aktuell nicht mehr aktiv. Auf Nachfrage von Multipolar schrieb ein Pressesprecher der Charité dazu:

„Bei dieser Untersuchung (ImpfSurv von Prof. Harald Matthes) handelte es sich um eine offene Internetumfrage, im engeren Sinne also nicht um eine wissenschaftliche Studie. Diese Datenbasis war

nicht geeignet, um konkrete Schlussfolgerungen über Häufigkeiten in der Gesamtbevölkerung zu ziehen und verallgemeinernd zu interpretieren.“

Multipolar: *Frau Berninger, gibt es auch Verständnis für Ihre Lage und die der Mitbetroffenen?*

Berninger: Von beispielsweise einer Sachbearbeiterin im Ministerium kam zuerst viel Empathie, aber von oben wird immer mehr geblockt bzw. man ist schlicht seit dreieinhalb Jahren mehr oder weniger untätig. Bei den Ärzten hat sich etwas geändert. Meine Hausärztin schreibt bei einer Krankmeldung nun die Diagnose „Impfnebenwirkung“ und nicht mehr „Long-Covid“. Ich kann die Furcht der Ärzte allerdings auch verstehen. Viele, die sich hervorgewagt und etwas anderes als die offizielle Meinung vertreten haben, wurden diffamiert, mitunter ihrer Existenz beraubt. Es ist nach wie vor ein Tabuthema, auch im Bekanntenkreis. Es ist vielen unangenehm, man ist selbst geimpft und will sich gar nicht ausmalen, was hätte passieren können. Man müsste viel hinterfragen, und das wollen die Meisten nicht. Ich werde immer noch erschrocken angeguckt, wenn ich das Thema Aufarbeitung anspreche. Die Bevölkerung müsste aber ihren Unmut zeigen, damit von „oben“ nicht mehr geblockt wird. Diejenigen, die jetzt in den Ämtern sitzen, haben das alles mit zu verantworten. Aber Aufarbeitung hieße, man müsste zugeben, richtig scheiße gebaut zu haben, sehr salopp formuliert.

Multipolar: *Wer behandelt denn aktuell – September 2024 – Post-Vac-Patienten, also Covid-19-Impfgeschädigte? Es gibt die Spezialsprechstunde der Uniklinik Marburg, an der Uniklinik Ulm werden Post-Vac-Patienten ambulant behandelt, gibt es weitere?*

Berninger: In Marburg nehmen sie niemanden mehr auf, sagen Betroffene. Der Zulauf ist zu groß. In Augsburg gibt es jetzt auch eine Post-Vac-Ambulanz. Aber geholfen wird einem generell eher nicht an den Unikliniken, weil die Medikation, die dort verschrieben wird, nicht hilft. Zumindest kenne ich niemanden, der dadurch geheilt wurde. Verrückt ist auch, dass ja immer gesagt wird, Post-Vac wäre eine Art Long-Covid-Symptomatik, aber bei vielen Long-Covid-Ambulanzen werden wir gar nicht angenommen. Die Uniklinik Köln behandelt z.B. Long-Covid aber nicht Post-Vac. Sascha S. aus der Selbsthilfegruppe hat das erlebt.

Behandlung verwehrt, da Impfschaden

Sascha S., Mitte 30, war nach zwei Covid-Impfungen ein halbes Jahr bettlägerig. Heute hat er Probleme mit der Bauchspeicheldrüse und dem Herzen, er leidet unter ME/CFS und lebt von Erwerbsminderungsrente. Auf der Suche nach medizinischer Hilfe, wurde er von vielen Stellen abgelehnt und wandte sich letztendlich an die Post-Covid-Ambulanz in Köln. Die Behandlung wurde ihm verwehrt, mit der Begründung, da es vermutlich ein Impfschaden sei, könne man ihn nicht behandeln, man sei darauf nicht spezialisiert.

Und die Uniklinik Aachen, Abteilung Neurologie, die auf Testungen von Small Fiber Neuropathie spezialisiert ist, sagt, man behandle keine Post-Vac-Patienten mehr. Dasselbe ist auch Sascha S. passiert. Der Wortlaut war: „Die Begründung ist, das wir auf hereditäre und ursächlich unklare Small Fiber Neuropathien spezialisiert sind. Wenn die Symptome im mutmaßlichen Kontext einer Impfung aufgetreten sind, dann entspricht das nicht unserem Schwerpunkt.“

Die meisten Betroffenen suchen sich privat Ärzte, die sich engagieren. Die wurden teilweise auch dafür diffamiert, dass sie über Impfschäden offen sprechen. Manche Behandlung fruchtet auch und die Betroffenen werden wieder gesünder. Aber von der Regierung oder den Ämtern kommt nichts. Ich will nicht besser behandelt werden als andere, aber ich bin durch eine Impfung krank geworden, und ich möchte mindestens genau dieselbe Behandlung bekommen, wie andere auch. Man sollte sich aus „Solidarität“ impfen lassen, aber nun werde ich, und viele andere auch, als Patient zweiter und dritter Klasse behandelt.

Weitere Artikel zum Thema:

- **Potenzielle Impfschäden: Eine Fallserie** (Carl Metzner, 16.9.2024)
- **Geleakte Impfdaten aus Neuseeland: Unterschiedliche Sterberaten je Charge** (Karsten Montag, 10.1.2024)
- **„Diesen Stein will keiner ins Rollen bringen“** (Interview mit Florian Schilling, 8.11.2023)
- **Strüngmann, Sahin, Biontech: Wer hat wie viel mit den Corona-Injektionen verdient?** (Karsten Montag, 29.9.2023)
- **Sterblichkeit und Impfung: amtliche britische Zahlen zeigen eine Katastrophe** (Florian Schilling, 10.3.2023)
- **Bedingt wirksam mit negativen Folgen** (Karsten Montag, 1.3.2023)
- **Kriminelles Behördenversagen: STIKO und Paul-Ehrlich-Institut ignorieren Nachweis der Schädigung von Kindern und Jugendlichen** (Karsten Montag, 19.3.2022)
- **Der Anstieg der Todesfälle im zeitlichen Zusammenhang mit den Impfungen: Ein Sicherheitssignal wird ignoriert** (Christof Kuhbandner, 21.2.2022)